

### Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1439  
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/3575

#### ***Landesprogramm Arbeit für Brandenburg (Kapitel 07 030)***

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1439 vom 08.07.2011:

Die Sicherstellung der Haushaltstransparenz ist für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung des parlamentarischen Budgetrechts durch die Abgeordneten von zentraler Bedeutung. Bereits in den Beratungen der Landeshaushalte 2010 und 2011 wurden verschiedentlich Intransparenz und mangelnde Aufgliederung von Ausgabenpositionen in den Haushaltsentwürfen beklagt. Um die Grundlagen für eine sachgerechte Diskussion und Beurteilung der erforderlichen Haushaltseinsparungen in 2012ff zu erlangen, sind gegenüber dem aktuellen Wissenstand präzisierende Informationen erforderlich. Dies gilt für den Titel „Landesprogramm Arbeit für Brandenburg“ (633 30).

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Arbeitsplätze wurden in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 in welchen Firmen oder Einrichtungen bewilligt? (Bitte mit Soll/IST-Vergleich)
2. Welche Maßnahmen wurden 2010 und 2011 aus dem Titel finanziert? (Bitte um Auflistung der Maßnahmen und den jeweils ausgezahlten Mitteln)
3. Wie kontrolliert die Landesregierung die Verwendung der Mittel?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Erfolg der Maßnahmen und welche Kriterien werden dieser Bewertung zu Grunde gelegt?
5. Warum wurden die Landesmittel nicht entsprechend in Anspruch genommen?

Datum des Eingangs: 31.08.2011 / Ausgegeben: 06.09.2011

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Wahrung der Haushaltstransparenz als eines der grundlegenden Budgetprinzipien ist für die Landesregierung von zentraler Bedeutung. Die auf der Basis der Landeshaushaltsordnung sowie der jeweiligen haushaltsgesetzlichen Regelungen erstellten Haushaltspläne, Jahresrechnungen und weiteren Berichterstattungen tragen diesem Anspruch Rechnung. Diese werden regelmäßig und zeitnah zur Verfügung gestellt.

Für weiterführende Informationen zu Hintergründen der Veranschlagung und Bewirtschaftung einzelner Titel steht im Bedarfsfall im Haushaltsaufstellungsverfahren das parlamentarische Verfahren zur Verfügung.

Frage 1: Wie viele Arbeitsplätze wurden in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 in welchen Firmen oder Einrichtungen bewilligt? (Bitte mit Soll/IST-Vergleich)

zu Frage 1:

Die Anzahl und Verteilung der seit Inkrafttreten der Förderrichtlinie zum Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ am 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 möglichen und den durch die LASA Brandenburg GmbH den Landkreisen und kreisfreien Städten bewilligten Stellen ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Angaben darüber, bei welchen Arbeitgebern jeweils Stellen geschaffen wurden, liegen nicht vor.

Landkreis/kreisfreie Stadt	Kontingent (Soll)		bewilligte Stellen (Ist)	
	2010	2011	2010	2011
Barnim	78	82	20	50
Brandenburg a. d. H.	42	46	0	46
Cottbus	57	61	57	0
Dahme-Spreewald	53	60	53	60
Elbe-Elster	71	73	30	0
Frankfurt (Oder)	37	39	38	16
Havelland	67	70	67	15
Märkisch-Oderland	94	104	58	104
Oberhavel	88	96	35	35
Oberspreewald-Lausitz	82	89	0	10
Oder-Spree	86	94	60	60
Ostprignitz-Ruppin	63	65	0	0
Potsdam	49	58	25	49
Potsdam-Mittelmark	65	72	30	43
Prignitz	48	54	48	54
Spree-Neiße	66	69	86	69
Teltow-Fläming	64	69	64	20
Uckermark	90	98	90	98
<b>gesamt</b>	<b>1.200</b>	<b>1.300*</b>	<b>761</b>	<b>729</b>
<b>Summe</b>	<b>2.500</b>		<b>1.490</b>	

Quelle: Statistik der LASA Brandenburg GmbH auf Grundlage der Meldungen der Kommunen, eigene Darstellung

\* zzgl. Kontingent für überregional tätige Verbände und Vereine von 25 Stellen

Frage 2: Welche Maßnahmen wurden 2010 und 2011 aus dem Titel finanziert? (Bitte um Auflistung der Maßnahmen und den jeweils ausgezahlten Mitteln)

zu Frage 2:

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei dem Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ jeweils um grundsätzlich gleichartige Maßnahmen handelt (Schaffung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse im gemeinwohlorientierten Bereich) wird hinsichtlich der Auflistung der Maßnahmen auf die Antwort auf Frage 1 verwiesen. Die Förderung erfolgt durch das Land aus Landesmitteln mittels Festbetragsfinanzierung in Höhe von 250 € pro Beschäftigungsverhältnis und Monat. Für die Förderung der Beschäftigungsverhältnisse im Landesprogramm wurden im Jahr 2010 insgesamt 329.381 € finanziert. Im Zeitraum vom 01. Januar 2011 bis 30. Juni 2011 wurden für das Haushaltsjahr 2011 insgesamt Landesmittel in Höhe von 1.449.875 € bewilligt, davon wurden bis zum 30. Juni 364.297 € ausgezahlt.

Frage 3: Wie kontrolliert die Landesregierung die Verwendung der Mittel?

zu Frage 3:

Der Einsatz der Mittel und die Kontrolle der Verwendung erfolgen auf Grundlage der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes Brandenburg (§§ 23, 44 LHO).

Frage 4: Wie bewertet die Landesregierung den Erfolg der Maßnahmen und welche Kriterien werden dieser Bewertung zu Grunde gelegt?

zu Frage 4:

Für die Erarbeitung von Förderrichtlinien sowie deren Umsetzung gelten die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung, insbesondere die Anlagen zu VV Nr. 14.2.1 und Nr. 14.2.2 zu § 44 LHO. Die Kriterien der Bewertung ergeben sich aus VV Nr. 11a zu § 44 LHO (Erfolgskontrolle). Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Frage 5: Warum wurden die Landesmittel nicht entsprechend in Anspruch genommen?

zu Frage 5:

Die Inanspruchnahme der Landesmittel im Programm „Arbeit für Brandenburg“ blieb hinter den Planungen zurück, da durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung die erforderlichen Kofinanzierungsmittel aus dem Eingliederungsbudget SGB II durch die Jobcenter in der Regel nicht in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Bereits die Ankündigung der Sparbeschlüsse der Bundesregierung im Sommer 2010 unmittelbar nach dem Start von „Arbeit für Brandenburg“ hat dazu geführt, dass die Jobcenter die überjährigen Förderungen im Programm schon im Jahr 2010 nur in reduziertem Umfang in Anspruch nehmen konnten, um ihre Handlungsspielräume in 2011 nicht durch hohe Vorbindungen zu beschränken. Im Vergleich zum Jahr 2010 stehen den Brandenburger Jobcentern in 2011 rund 30 Prozent weniger Eingliederungsmittel zur Verfügung. Diese knappen Mittel werden zudem auf Förderungen konzentriert, die auf eine möglichst rasche Integration in reguläre Beschäftigung zielen, um die entsprechenden Integrationsziele zu erreichen. Die Spielräume zur Umsetzung langfristiger Fördermaßnahmen wie „Arbeit für Brandenburg“ für die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen, deren Integration in reguläre Beschäftigung in absehbarer Zeit nicht möglich ist, haben sich somit verringert.